

18. XII. 1915

### Die Frage der Lebensmittelversorgung in der sächsischen Kammer.

O Dresden, 17. Dezbr. (Priv.-Tel., zenf. Frkt.) Ein Vorspiel zu dem am Montag im Reichstag auf der Tagesordnung stehenden Bericht des Ausschusses für Ernährungsfragen gab es heute in der zweiten sächsischen Kammer. Die kürzlich von den verschiedenen Fraktionen gestellten Anträge zur Lebensmittelfürsorge sind nach ihrer Umarbeitung im Ausschuss einstimmig in zweiter Lesung heute angenommen worden. Die heute gefaßten Beschlüsse sollten sofort dem Reichstag und Bundesrat zugehen, um am Montag möglichst noch Berücksichtigung zu finden. Sie gipfeln namentlich darin, daß, wie es die Fortschrittliche Volkspartei beantragt, die Wahl-löhne, Getreidepreise und alle Unkosten der Broterzeugung nachgeprüft werden, um das Brot zu verbilligen, namentlich sollen sämtliche Höchstpreise auf ihre Berechtigung untersucht und jede unverhältnismäßige Preissteigerung durch geeignete Maßnahmen verhindert, besonders auch Stallpreise für Schweine eingeführt und deren Höchstpreise nachgeprüft werden. Die sächsische Regierung wird unter anderem ersucht, im eigenen Lande zu bewirken, daß die Kommunalverbände zum Austausch von Erfahrungen und Ergreifung einheitlicher Maßnahmen miteinander in Verbindung treten, daß Milchpreis und Milchverbrauch überall geregelt, durch städtische Mittel die Schweinemast gefördert, dem Kriegswucher nachdrücklich entgegengetreten wird. Mit den bisher getroffenen Maßnahmen gingen sowohl die Sozialdemokraten wie die Fortschrittler und Nationalliberalen heute scharfs ins Gericht. Man beklagte besonders die Unzulänglichkeit und Langsamkeit mancher Beschlüsse sowohl der Reichsregierung und auch Sachsens. Ein Nationalliberaler betonte, daß die Maßnahmen der Reichsregierung völlig undurchführbar seien, ihre Tätigkeit müde an wie die Echternacher Springprozeßion. Er griff die Regierung scharf wegen ungerechter Behandlung der einzelnen Stände bei den Maßnahmen an, die nach seiner Überzeugung zu Lasten von Handel und Industrie die Landwirtschaft begünstigten. Alles sei bei diesen Maßnahmen augenscheinlich ausgeschlossen, was ein Risiko für die Landwirtschaft bedeute. Vom Regierungstisch wurde diesen Angriffen gegenüber versichert, daß sich die Regierung

einer Bevorzugung der Landwirtschaft keineswegs schuldig mache. Immerhin hat sie aus der heutigen Landtagsverhandlung entnehmen können, daß man ihren guten Willen und auch den der Reichsregierung zwar im allgemeinen nicht bezweifelt, daß aber auch die bürgerlichen Parteien ein zweckmäßigeres, schnelleres und energischeres Einschreiten für unerläßlich ansehen. Schließlich wurden noch, wie gestern schon von der Stadt Dresden, M. 60 000 für notleidende Rüstler bewilligt.